

# **Bericht und Antrag der Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie betreffend die Petition Solarstrom-Preis und Zielerreichung «Netto Null CO<sub>2</sub> bis 2050»**

## **1 Ausgangslage**

Am 8. April 2024 hat die Gruppe «Solar-Strom jetzt» die Petition Solarstrom-Preis und Zielerreichung «Netto Null CO<sub>2</sub> bis 2050» bei der Staatskanzlei eingereicht. Sie richtet sich an die Luzerner Mitglieder von National- und Ständerat, die Vertretung des Kantons Luzern im CKW-Verwaltungsrat sowie den Kantonsrat. Die Geschäftsleitung des Kantonsrates hat die Petition gemäss § 81 der Geschäftsordnung des Kantonsrates zur Prüfung und Berichterstattung der Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) zugewiesen.

Die Petition fordert die adressierten Verantwortlichen auf, zeitnah Rahmenbedingungen zu schaffen, dass «Netto Null CO<sub>2</sub> bis 2050» nicht ein utopisches Ziel bleibt, sondern die Chance der Zielerreichung erhält. Insbesondere verlangen sie eine angemessene (Rück-) Vergütung des Solarstroms als fixer %-Satz (z.B. 75%) des Strombezugspreises.

Die RUEK hörte eine Vertretung der Petitionäre an der Sitzung vom 23. September 2024 an. Gestützt auf die vorliegenden Unterlagen wird zuhanden des Kantonsrates dieser Bericht eingereicht.

## **2 Rechtliche Grundlagen**

Als Petitionen werden gemäss § 83 Abs. 1 des Kantonsratsgesetzes Eingaben von Behörden und Privatpersonen behandelt, welche bestimmte Begehren oder Beanstandungen enthalten und keine besondere Rechtsform aufweisen. Entsprechend § 82 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrates erstattet die zuständige Kommission dem Kantonsrat schriftlich Bericht und stellt Antrag, wie eine Petition zu erledigen ist. Der Kantonsrat erledigt eine Petition, indem er sie mit oder ohne Stellungnahme zur Kenntnis nimmt.

## **3 Feststellungen und Folgerungen**

Die von den Petitionären verlangte angemessene (Rück-) Vergütung des Solarstroms als fixer Prozentsatz (z.B. 75%) des Strombezugspreises wurde, zumindest was eine Minimalvergütung angeht, auf eidgenössischer Ebene vorgeschlagen und vom eidgenössischen Stimmvolk im Juni gutgeheissen.

Eine Lösung auf kantonaler Ebene wurde im Rahmen der diesjährigen Änderung des Kantonalen Energiegesetzes geprüft. Ein entsprechender Antrag der RUEK lag vor. Aufgrund des Ausgangs der eidgenössischen Abstimmung zog die RUEK den Antrag aber wieder zurück. Eine kantonale Lösung liesse sich zwar grundsätzlich umsetzen, aufgrund der abschliessenden Regelungskompetenz des Bundes im Bereich der Strompreisgestaltung aber nur indirekt. Die Erhebung müsste via Verteilnetzbetreiber über den Energie- oder Netztarif erfolgen. Die

Abgabe wäre von allen Kundinnen und Kunden oder zumindest von den grundversorgten Kundinnen und Kunden zu leisten. Die Energieversorgungsunternehmen müssten ihre Einnahmen an den Kanton abgeben, welcher seinerseits die Mittel für den gewünschten Zweck einsetzen müsste. Ein solch kompliziertes, kantonales Vorgehen ist nach der Gesetzesanpassung auf Bundesebene nicht angezeigt.

Das Engagement und die Besorgnis der Gruppe «Solar-Strom jetzt» wird anerkennend zur Kenntnis genommen. Aufgrund der aktuellen Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen und aufgrund einer sehr komplizierten interkantonalen Umsetzung, sind aber in Bezug auf die Minimalvergütung vorderhand keine weiteren kantonalen Schritte angezeigt.

Die Schaffung der verlangten Rahmenbedingungen, damit «Netto Null CO2 bis 2050» nicht ein utopisches Ziel bleibt, ist dagegen auch künftig ein wichtiges Thema. Unter anderem dient dafür der Bericht Klima und Energie. Dieser Planungsbericht wird dem Kantonsrat alle fünf Jahre vorgelegt. Darin werden entsprechende Massnahmen aufgezeigt. Der Kantonsrat lässt seine Überlegungen jeweils mittels Bemerkungen in den weiteren Prozess einfließen. Der letzte Bericht stammt aus dem Jahr 2021. Wo der Kanton in Bezug auf das Ziel steht, kann auf dem [Klima und Energiedashboard](#) nachvollzogen werden.

#### **4 Antrag an den Kantonsrat**

Die RUEK beantragt, die Petition im Sinne der vorgenannten Feststellungen und Folgerungen zur Kenntnis zu nehmen.

Luzern, 23.09.2024

Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK)  
Der Präsident

*Michael Kurmann*